Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

21.03.2015 Nr. 75

Inhalt:

Gespräch mit der Agentur für Arbeit	S. 01	Wahl zum Jugendstadtrat	S. 03
Diskussion um Robbe-Nachfolge	S. 02	Privatisierung für Papenburgs Bäder	S. 03
Baumaßnahme am Kreisel bei der Post	S. 03	Verkauf von Kinderspielplätzen	S. 04
Ausbau der Friedrikenstraße	S. 03	Einrichtung einer weiteren Ganztagsschule	S. 04

Januar 2005

Für Erhalt des Standorts des Heimatmuseum

Mit einer Klausurtagung zum Haushalt 2005 begann die Arbeit der Fraktion von SPD und GRÜNEN im neuen Jahr. Sie fand in den Räumlichkeiten des Heimatmuseums statt. Hartmut Bugiel, stellvertretender Vorsitzender des Heimatvereins, informierte über die derzeitige Situation der Standortfrage für das Heimatmuseum.

Er berichtete, dass es in den letzten Monaten gelungen sei, das Heimatmuseum mit zahlreichen Veranstaltungen zu beleben. Die zukünftige Arbeit des Heimatvereins an dieser Stelle leide jedoch darunter, keine langfristige Planung für den Standort vornehmen zu können. Eine Zusage der Stadt für die Nutzung des Hauses bestünde nur noch bis September 2005. Die Stadt ihrerseits sei durch einen Mietvertrag mit dem Eigentümer aber bis 2018 gebunden mit der Auflage, das Gebäude für kulturelle und museale Nutzung zu verwenden.

Der Heimatverein wollte an dem Standort des Heimatmuseums gerne festhalten und etwickelte auch schon Konzepte, wie das Heimatmuseum attraktiver gestaltet werden könnte. Dafür wären aber Investitionen notwendig, die nur gemacht werden könnten, wenn eine längerfristige Sicherheit für den Verbleib am Standort gewährleistet wäre.

Die SPD befürwortete es, wenn es der Stadt gelänge, im Zuge des Tourismuskonzeptes die Ölmühle mit dem Zeitspeicher, die Gesine mit einem Liegeplatz vor der Ölmühle und das älteste Haus in Papenburg als Standort des Heimatmuseums als touristische, museale Attraktion einzubinden. Als historische Erlebnisstationen könnten so fußnah der Bereich Hafen, Zeitspeicher, Heimatmuseum, das Kulturzentrum Alte Werft, die Schiffsnachbauten am Hauptkanal und Meiers Mühle erlebt werden. Nach Auffassung der SPD könnte dies auch zu einer Belebung des Einzelhandels und der Wirtschaftskraft Papenburgs führen.

Die Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen Peter Raske, Barbara Gruner, Peter Behrens, Anne Schnieders, Wilhelm Kröger, Hartmut Bugiel, Anton Schipmann (alle SPD) und Gottfried Sandmann (DIE GRÜNEN) Peter Raske, Barbara Gruner, Peter Behrens, Anne Schnieders, Wilhelm Kröger, Hartmut Bugiel, Anton Schipmann (alle SPD) und Gottfried Sandmann (DIE GRÜNEN) anlässlich ihrer Klausurtagung vor dem Heimatmuseum.

Liste der aufgeschobenen Investitionen wird immer länger

Im Mittelpunkt der kommenden Haushaltsberatungen musste nach Auffassung von SPD und GRÜNEN eine gerechtere Verteilung der Lasten stehen. Die Fraktion zeigte sich bestürzt darüber, dass die Liste der Anmeldungen für den Haushalt, die im Vermögenshaushalt nicht berücksichtigt werden konnten, mit jedem Jahr weiter wuchs.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel kritisierte, dass vor allem viele notwendige Straßenbauvorhaben, die die SPD seit Jahren forderte, wieder nicht berücksichtigt wurden. Dafür wurden nicht notwendige Projekte der CDU im Haushalt aufgenommen. Die Liste der maroden Straßen wurde immer länger, so dass irgendwann ein Verkehrskollaps drohte.

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN forderte eine andere Prioritätensetzung und eine Verlagerung von Ausgaben bezüglich der Dringlichkeit und Genehmigungsfähigkeit. Durch Anhebung der Gewerbesteuer und Streichung einiger im Haushalt vorgesehenen Ausgaben könnten über 600.000 Euro für notwendige Straßenbaumaßnahmen getätigt werden ohne eine weitere Verschuldung zu verursachen.

Die bisherige Streichliste der CDU war nach Meinung der SPD reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst sondern nur in die Zukunft verschoben wurden. Peter Raske rügte, dass die CDU ihre Kahlschlagsanierung fortsetzte und vor allem durch ihre beschlossenen Einsparungen von relativ kleinen Beträgen gewachsene Strukturen aufs Spiel setzte wie zum Beispiel bei der Ems-Vechte-Welle oder durch den Einsatz von nicht gesicherten Einnahmen bei der Kreativitätsschule.

In dem Haushaltsentwurf für 2005 waren die Kosten für den Hafen nach Meinung von Anton Schipmann nicht ausreichend berücksichtigt. Die Verschlickung von Hafen und Dockschleuse entwickelte sich zu einem nicht kalkulierbaren finanziellen Risiko. Für die Fraktion aus SPD und GRÜNEN durften die Kosten des Hafens zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein.

Neue Perspektive für Papenburger Haushaltspläne

Mehr Einnahmen – SPD will Änderung

Papenburg (H. B.) Höhere Gewerbesteuerzahlungen machen es erforderlich, dass die Stadt Papenburg ihre Haushaltspläne, die in der nächsten Ratssitzung am 24. Februar verabschiedet werden sollen, noch einmal überarbeiten muss.

Von den Grundsätzen der Haushaltskonsolidierung soll trotz der verbesserten Einnahmesituation aber nicht abgewichen werden. Christdemokraten und FDP haben bisher alle erhobenen Forderungen nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer kategorisch zurückgewiesen.

Erhöhung der Gewerbesteuer?

Aus Sicht der Papenburger SPD gibt es vor allen Dingen Kritik am städtischen Vermögenshaushalt, wo die lange Liste von Maßnahmen, die aus finanziellen Gründen bislang nicht berücksichtigt werden könne, mit jedem Jahr weiter wachse.

Die Sozialdemokraten fordern, wie der Fraktions- und neu gewählte Parteichef Hartmut Bugiel unserer Zeitung auf Anfrage erläuterte, vor allen Dingen den Ausbau beziehungsweise die Sanierung von weiteren Straßen im Stadtgebiet. Bugiel nannte hier unter anderem die Straße „Am Stadion" mit dem noch immer unbefestigten Parkplatz am Waldstadion.

Die Fraktion aus Sozialdemokraten und Grünen fordert außerdem eine Anhebung der Gewerbesteuer sowie die Streichung einiger im Haushalt bereits vorgesehener Ausgaben. So könnten notwendige Straßenbaumaßnahmen für über 600000 Euro ohne weitere Verschuldung getätigt werden.

Die bisherige Streichliste der CDU bezeichnet die SPD in diesem Zusammenhang als „reine Augenwischerei". Das neue Ratsmitglied Peter Raske rügte, dass durch das Einsparen von relativ kleinen Beträgen gewachsene Strukturen (als Beispiele nannte er die Ems-Vechte-Welle oder auch die Malschule Zinnober) leichtfertig zerstört würden.

In dem Haushaltsentwurf für 2005 sind die Kosten für den Hafen nach Meinung von SPD-Ratsherr Anton Schipmann nicht ausreichend berücksichtigt. Die Verschlickung von Hafen und Dockschleuse entwickle sich zu einem nicht kalkulierbaren finanziellen Risiko. SPD und Grüne fordern, dieses Thema endlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Ems-Zeitung 24.01.2005

Februar 2005

Leserbrief

Zum Presseartikel: „FDP will Kinderstiftung“ in DER WECKER vom 06.02.2005.

Papenburg, 07.02.2005: Weiß die FDP eigentlich noch, was sie will? Da forderte der FDP-Vorsitzende vor kurzem die Beibehaltung des Ortsrates in Aschendorf, damit die Bürger in Aschendorf über ihre Belange bürgernäher entscheiden können. Jetzt fordert die FDP-Fraktion im Stadtrat, eine Stiftung für Kinder einzurichten. Einerseits wird stärkere Beteiligung des Bürgers gewünscht. Andererseits soll Verantwortung den von den Bürgern gewählten Stadträten bei Entscheidungen abgenommen werden.

Wie bei der Umweltstiftung der Stadt Papenburg sehr deutlich wurde, entscheidet nicht mehr der Rat der Stadt Papenburg über die Ausgaben einer Stiftung, sondern die Stiftungsmitglieder und damit die Vertreter der Mehrheitsfraktion ohne direkte öffentliche Verantwortung der Mittelvergabe durch die vom Bürger gewählten Stadträte. Welche Folgen das hat, zeigte sich in der Vergangenheit daran, dass statt für den Umweltschutz die Mittel zuletzt für Wirtschaftsförderung ausgegeben wurden.

Stiftungen, die von Kommunen eingerichtet werden, sind nichts anderes als eine Verlagerung der Entscheidungsgewalt und Kontrolle weg von den gewählten Bürgervertretern hin zu einer kleinen Elite, die ihre Entscheidungen nicht öffentlich rechtfertigen muss. Es handelt sich letztlich um eine Form der Privatisierung von städtischen Aufgaben.

Ich befürchte, wenn man sich das vor Augen hält, dann weiß die FDP doch ganz genau, was sie will: Sie will genau wie die CDU immer mehr städtische Aufgaben privatisieren. Nur irgendwann braucht man dann auch keinen Staat bzw. Stadtrat mehr, der die Verwaltung kontrolliert und Entscheidungen zum Wohle des Bürgers fällt, weil es nichts mehr gibt, über das zu entscheiden ist. Auch Wahlen werden dann wohl überflüssig.

Zum Artikel „FDP will Kinderstiftung“ im „Wecker“ vom 6. Februar 2005 schreibt Peter Raske aus Papenburg:

Weiß die FDP eigentlich noch, was sie will? Da forderte der FDP-Vorsitzende vor kurzem die Beibehaltung des Ortsrates in Aschendorf, damit die Bürger in Aschendorf über ihre Belange bürgernäher entscheiden können. Jetzt fordert die FDP-Fraktion im Stadtrat, eine Stiftung für Kinder einzurichten. Einerseits wird stärkere Beteiligung des Bürgers gewünscht. Andererseits soll Verantwortung den von den Bürgern gewählten Stadträten bei Entscheidungen abgenommen werden.

Wie bei der Umweltstiftung der Stadt Papenburg sehr deutlich wurde, entscheidet nicht mehr der Rat der Stadt Papenburg über die Ausgaben einer Stiftung, sondern die Stiftungsmitglieder und damit die Vertreter der Mehrheitsfraktion ohne direkte öffentliche Verantwortung der Mittelvergabe durch die vom Bürger gewählten Stadträte. Welche Folgen das hat, zeigte sich in der Vergangenheit daran, dass statt für den Umweltschutz die Mittel zuletzt für Wirtschaftsförderung ausgegeben wurden.

Stiftungen, die von Kommunen eingerichtet werden, sind nichts anderes als eine Verlagerung der Entscheidungsgewalt und Kontrolle weg von den gewählten Bürgervertretern hin zu einer kleinen Elite, die ihre Entscheidungen nicht öffentlich rechtfertigen muss. Es handelt sich letztlich um eine Form der Privatisierung von städtischen Aufgaben.

Ich befürchte, wenn man sich das vor Augen hält, dann weiß die FDP doch ganz genau, was sie will: Sie will genau wie die CDU immer mehr städtische Aufgaben privatisieren. Nur irgendwann braucht man dann auch keinen Staat beziehungsweise Stadtrat mehr, der die Verwaltung kontrolliert und Entscheidungen zum Wohle des Bürgers fällt, weil es nichts mehr gibt, über das zu entscheiden ist. Auch Wahlen werden dann wohl überflüssig.

Peter Raske, Papenburg

Der Wecker 13.02.2005

SPD und GRÜNE für langfristige Spielplatzsanierung

Verkaufserlöse der Spielplatzflächen verschwanden weitgehend im Haushalt 2005.

Mit Verärgerung stellte die Fraktion aus SPD und GRÜNEN bei ihren Haushaltsberatungen für 2005 fest, dass im Vermögenshaushalt nur Einnahmen in Höhe von 40.000 € aus dem Verkauf ehemaliger Spielplätze ausgewiesen waren. Für die gleiche Summe von 40.000 € sollten dann 2005 Spielplätze erneuert werden. Es war nicht hinnehmbar, dass der Verkauf von Spielplatzflächen für die Sanierung des Haushalts herangezogen wurde.

Von der SPD kam zwar der Vorschlag, Teilstücke von einem nicht benötigten Kinderspielplatz zu verkaufen. Hierbei sollte es sich jedoch um eine einmalige Aktion handeln, um finanzielle Mittel zweckgebunden für die Erneuerung von Spielgeräten zu erhalten. Durch den einmaligen Grundstücksverkauf sollten gezielt Mittel frei gemacht werden für die Sanierung von Spielplätzen und es sollte nicht, wie jetzt von Verwaltung und CDU beabsichtigt, der Haushalt auf Kosten der Kinderspielplätze saniert werden, kritisierte Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel.

Was mit den Verkaufserlösen der übrigen Bauplätze finanziert würde, war im Haushaltsentwurf 2005 nicht ersichtlich, so Wilhelm Kröger. Gottfried Sandmann zeigte sich besorgt, dass der notwendige Ausgleich für Grünflächen nach dem Verkauf der Teilgrundstücke nicht den Wohngebieten wieder zugeordnet würde. Außerdem stellte sich die Frage, in welcher Form die Anlieger entschädigt würden, die durch ihre Anliegergebühren früher die Spielplätze mit finanziert hatten.

Die Fraktion forderte, den geplanten Verkauf von Teilflächen bei 13 Spielplätzen so lange einzustellen, bis gewährleistet

wäre, dass die Erlöse für eine langfristige kindgerechte Gestaltung der Spielplätze in Papenburg reserviert wurden. Außerdem forderte sie nochmals eine ausreichende Prüfung jedes Einzelfalls hinsichtlich des sozialen Umfelds, der Platzgestaltung und der baurechtlichen Grundlagen, die nach Auffassung der SPD durch eine Spielplatzkommission erfolgen sollte.

Angesichts der Tatsache, dass die CDU-Fraktion in der letzten Stadtratssitzung die Zusicherung abgegeben hatte, die Verkaufserlöse aus dem Teilflächenverkauf der Kinderspielplätze für den Ausbau und die Sanierung der Spielplätze zur Verfügung zu stellen, wunderte sich die SPD-Fraktion, warum dies nicht bereits im Haushalt 2005 durch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen erfolgte. Bei dem Zuschuss für den Verein Tierschutz Rheiderland e.V. war so etwas schließlich auch möglich.

Das Argument, der Jugendausschuss müsste erst über das Konzept zur Qualitätssicherung aller städtischen Spielplätze beraten, war für die SPD nur vorgeschoben. Die nächste Jugendausschusssitzung war erst im Mai 2005. Damit war dann ein halbes Jahr vertan, ohne dass schon konkrete Umsetzungsvorschläge diskutiert wurden. Bis zur nächsten Ratssitzung vergingen nochmals fast 3 Monate. Eine solche zögerliche Behandlung des Problems war aus Sicht der SPD nicht verantwortbar.

Deshalb forderte die Fraktion den sofortigen Einstieg in die Entwicklungsplanung für die langfristige Gestaltung der Spielplätze. Hierzu sollte umgehend eine Kommission aus Fachleuten und Verwaltung eingerichtet werden. Außerdem sollten bis zur Verabschiedung dieses Planes alle Teilflächenverkäufe von Spielplätzen eingestellt werden.

Eine Stiftung, wie sie von der FDP ins Spiel gebracht wurde, und die offensichtlich vom Stadtkämmerer Gunnar Jungclaus angedacht war, lehnte die SPD ab.

SPD und GRÜNE beantragen Bürger-Infothek im Internet und Intranetzugang für Ratsmitglieder

Das erfreulich angestiegene Interesse der Bürger an kommunalpolitischen Themen machte es dringend notwendig, auch von Seiten der Stadtverwaltung eine entsprechende Infothek auf der städtischen Internetseite anzubieten.

In einem ersten Schritt sollten z.B. die Tagesordnungen der jeweiligen Sitzungen von Rat, Verwaltungsausschuss und der Fachausschüsse sowie die jeweiligen Protokolle dieser Sitzungen veröffentlicht werden. Anfragen und Anregungen von Bürgern und Ratsmitgliedern sowie deren Antworten gehörten ebenfalls in diese Datenbank. Neben einer bürgernahen Information wäre so für Interessierte auch besser möglich, ein bestimmtes Thema kontinuierlich zu verfolgen.

Die Internet-Auftritte anderer Städte zeigten, dass es hier einen akuten Nachholbedarf für Papenburg gab.

Gleichzeitig sollte für Ratsmitglieder ein Intranet zur Verfügung gestellt werden, um Informationen aus der Verwaltung abrufen zu können. Eine solche Möglichkeit der Information, wie sie zum Beispiel der Landkreis den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung stellte, würde die Ratsarbeit entscheidend verbessern.

Noch immer gab es eine in diesem Umfange unnötige Papierflut. Auch machte die gegenwärtige Praxis eine schnelles Auffinden konkreter Unterlagen zu einem Geduld- und manchmal sogar Glücksspiel.

Eine solche organisatorische Neuregelung und Handhabung seitens der Verwaltung würde auch zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwandes sowie zu einer Kosteneinsparung führen.

SPD und GRÜNE für ein eigenes Tierheim in Papenburg

Die Fraktion von SPD und GRÜNEN in Papenburg kritisierte auf ihrer letzten Fraktionssitzung die Vorgehensweise der Stadt beim Umgang mit Fundtieren. Wieder einmal sollten unbequeme und teure Aufgaben der Stadt außerhalb der Stadt angesiedelt werden. Ebenso wie bei der Abgabe des Jugendamtes oder der Aufgabe des Frauenhauses würden teure und unangenehme Aufgaben der Stadt aus der Stadt ausgelagert, um Ruhe in der Stadt zu haben.

Die Fraktion war der Meinung, dass eine Stadt in der Größe von Papenburg ein eigenes Tierheim vorhalten musste. „Echtes Christliches Engagement wird bei den Menschen nicht halt machen, sondern schließt den Schutz der Tiere und unserer Natur mit ein;“ so Grünen-Ratsherr Gottfried Sandmann. Seit Jahren war die Stadt bemüht, für die Unterbringung von Fundtieren eine tiergerechte Lösung zu finden. Zuletzt scheiterte das Vorhaben, zusammen mit dem Sozialen Ökohof ein städtisches Tierheim zu errichten, an dem parteitaktischen Verhalten der Herbrumer CDU. Während z.B. Gert Geiger auf der Mitgliederversammlung des Sozialen Ökohofs noch für die Ansiedlung des Tierheims auf dem Ökohof gestimmt hatte, inszenierte er später eine Demonstration dagegen.

Um den derzeitigen unhaltbaren Zustand an der Kirchstraße zu verändern und weil abzusehen war, dass die jetzigen Betreuer aus Altersgründen dieser Aufgabe nicht mehr lange nachgehen konnten, war die SPD bereit, vorübergehend die Kosten für die Zusammenarbeit mit dem Verein Tierschutz Rheiderland e.V. mit zu tragen, so Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel. Das dürfte aber nicht dazu führen, dass damit eine dauerhafte Verlagerung des Problems aus den Grenzen der Stadt Papenburg erfolgte.

Günter Klein schlug vor, durch eine Zweckbindung der Hundesteuer und Arbeitsgelegenheiten des SGB II eine Lösung für eine Papenburger Tierheim zu schaffen. Wenn die Hundesteuer für ein vernünftiges Tierheim verwendet würde, wären Hundebesitzer nach Auffassung Barbara Gruner auch dazu bereit, eine vielleicht notwendige Erhöhung der Hundesteuer mitzutragen.